

den Beziehungen beider Völker herauszuarbeiten. Damit wird nicht nur in wohlthuender Weise über die derzeit in der Historiographie angesagten Fragestellungen hinausgegangen, sondern auch die seit etwa zehn Jahren merkliche Entwicklung des Darmstädter Polen-Instituts zu einer landeskundlichen Institution im besten Sinne dokumentiert.

Im behandelten Zeitraum haben wir es – sieht man einmal vom Rest des ‚langen‘ 19. Jh.s ab, in dem Polen noch geteilt war – mit drei Perioden unterschiedlicher währungs- und handelspolitischer ‚Regime‘ zu tun: der Zwischenkriegszeit mit ihrem Währungschaos und dem vorherrschenden Bilateralismus, der Zeit nach 1945 mit fehlender Konvertibilität und national geplante Außenhandel in den sozialistischen Ländern sowie, seit 1989, einer zunehmenden Integration der nationalen Faktor- und Gütermärkte in Europa wie auch global.

Damit ergibt sich eine entsprechende Gewichtung der Einflussrichtungen zwischen wirtschaftlichen Interessen und politischen Konflikten (Einleitung, S. 9): In der ersten Periode behinderten deutsche Hoffnungen auf Revision der Gebietsverluste infolge des verlorenen Krieges sowie die polnischen Prioritäten der nationalen Konsolidierung den Warenaustausch (siehe die Beiträge von Stefan K o w a l, Christopher K o p p e r und Hans Christian H e i n e m e y e r) und die internationale Faktorallokation, insbesondere des Kapitals (Beitrag von Wojciech M o r a w s k i). Für die sozialistischen Wirtschaftssysteme hatte aus systemimmanenten wie auch ideologischen Gründen die Politik Vorrang, wenngleich gezeigt werden kann, dass durch Legitimationszwänge und andere, vorwiegend innenpolitische Motive wirtschaftliche Interessen bei relevanten Entscheidungen immer wieder eine gewichtige Rolle spielten. Es ist bezeichnend, dass Beiträge, die ausschließlich der sozialistischen Periode gewidmet sind (Silke R ö t t g e r, Dieter B i n g e n) sich im Kapitel ‚Kultur, Moral, Ökonomie‘ finden. Genau so bezeichnend ist, dass in den Aufsätzen des Kapitels ‚Aktuelle Entwicklungen‘ außerökonomische Zielsetzungen fast völlig zurücktreten (Beiträge von Ronald B a c h m a n n und Sebastian P ł ó c i e n n i k, Maria P i o t r o w s k a, Martin P e t r i c k – auch der Beitrag von Ł u k a s z D w i l e w i c z über deutsche Investitionen in Polen hätte besser hierher gepasst). Dem Rezensenten ruft dies die Symbolik der Oderbrücke von Frankfurt nach Słubice ins Gedächtnis, wo sich Anfang 2008 statt des polnischen Staatswappens ein großes Plakat mit der Aufschrift „Sie überschreiten jetzt die Preisgrenze“ fand.

Kriegswirtschaft, Kriegszerstörungen und Zwangsarbeit (Beiträge von Christian W e s t e r h o f f, Ingo L o o s e, Stanisław M e d u c k i) lassen sich naturgemäß so nicht einordnen, obgleich hierdurch Fakten geschaffen und Konflikte begründet wurden, von denen ein prägender Einfluss auf die Folgeperiode ausging (vgl. u.a. die Beiträge von H e i n e m e y e r, Jędrzej C h u m i ń s k i, Krzysztof R u c h n i e w i c z). Die zitierten Quellen und die angeführte Literatur zeigen jedoch, dass die deutsche Forschung hierzu noch lückenhaft und auch die polnische bislang nicht weit über die Befunde der Zentralkommission zur Erforschung der deutschen Verbrechen in Polen hinausgekommen ist.

Marburg/Lahn

Karl von Delhaes

Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa. Hrsg. von Regina Fritz, Carola Sachse und Edgar Wolfrum. (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jh., Bd. 1.) Wallstein Verlag, Göttingen 2008. 367 S. (€ 32,-)

Der öffentliche Umgang mit der Geschichte in Massenmedien und Politik gerät zunehmend in den Blick professioneller Historiker. Geschichtspolitik, kollektive Erinnerung, *lieu de mémoire* oder *public history* lauten zentrale Begriffe einer neuen Perspektive auf das Geschehene. Das Untersuchungsfeld ist weit und reicht von Denkmälern und Museen zu staatlichen Feiertagen, öffentlichen Kontroversen und der Aufarbeitung von Diktatur, Gewaltherrschaft und Völkermord. Hier setzt auch der vorliegende Band an, der Nationen zum Gegenstand hat, die im 20. Jh. unter totale Herrschaft gerieten. Er ist in drei Teile

gegliedert: Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit Weltkrieg und Holocaust als „post-diktatorischer Überblendung“, der zweite mit dem Umgang mit der kommunistischen Diktatur, und schließlich widmen sich drittens einige Beiträge „nationalen Konstruktionselementen“ – darunter wurden hier Jugend, Familie, Sprache und Literatur verstanden. Der regionale Fokus liegt auf Deutschland und dem östlichen Europa. Es finden sich u.a. Beiträge zu nationalen Selbstbildern in Tschechien, Polen, Ungarn, Rumänien, Lettland, Belarus und Bosnien.

In ihrer „Stürzende Denkmäler“ betitelten Einleitung beschreiben Carola Sachse und Edgar Wolfrum den *horror vacui*, der sich einstellt, wenn überkommene Symbolik aus dem öffentlichen Raum entfernt und nicht sogleich durch Neues ersetzt werden kann. Zudem weisen die Hrsg. mit Recht auf die Renaissance der Nation in Osteuropa hin, die in einer eigentümlichen Spannung zur selbsterklärten „Rückkehr nach Europa“ und zum Prozess der „Europäisierung“ selbst steht. Sie diskutieren die verschiedenen Theorieangebote auf dem Feld der Geschichtskultur und erklären ihr besonderes Interesse für post-diktatorische Gesellschaften in Europa. Dabei übersehen sie freilich, dass in Osteuropa nicht nur eine postdiktatorische, sondern auch eine postimperiale Situation vorliegt. Womit auch schon ein Manko des Bandes benannt ist: Obwohl die osteuropäischen Nationen sich nach 1989/91 insbesondere auch mit dem konfliktreichen Verhältnis zur Sowjetunion bzw. zum post-kommunistischen Russland beschäftigt haben, fehlt leider ein Beitrag über die imperiale Macht selbst. Dies ist insofern bedauerlich, als zahlreiche identitätsstiftende Narrative der osteuropäischen Nationen erst in der Abwehr von oder als Reaktion auf sowjetische bzw. russische Deutungen verständlich sind.

Bedauerlicherweise finden sich in der Einleitung der Hrsg. zudem auch missverständliche Formulierungen und weitreichende Interpretationen, die dem Gegenstand nicht gerecht werden. Wenn Wolfrum und Sachse behaupten, erst durch die Geschichtspolitik der neunziger Jahre seien aus „politischen Zweckverbänden“ nun „Kulturnationen“ geworden, so ist dem zu widersprechen. Warum beispielsweise Belgien oder Italien mit größerer Berechtigung als „Kulturnation“ gelten sollen als etwa Polen, dem hier drei Aufsätze gewidmet sind, ist nicht ersichtlich. Hier besteht die Gefahr, die Vorstellung eines europäischen West-Ost-Gefälles zu zementieren und den Untersuchungsgegenstand als europäische Peripherie zu marginalisieren. Weitere problematische Formulierungen lassen sich anführen. So werden auch die Tschechische Republik und Rumänien als „postsowjetische“ Länder bezeichnet (S. 23), oder es ist von der „Teilrepublik Lettland“ die Rede, die 1944 ihren zweiten „Anschluss“ an die Sowjetunion erlebt habe (S. 24). Die Behauptung eines „jahrhundertalten Bundes“ (S. 25) Weißrusslands mit Russland stammt ihrerseits direkt aus dem Repertoire sowjetischer Mythen. Und trotz seiner autoritären Herrschaft scheint es auch unangemessen, Aljaksandr Lukašënka als den „absurden Wiedergänger Stalins“ (S. 26) zu bezeichnen. Diese zwei historischen Personen trennen viele Millionen Tote, was vielmehr den Begriff des Wiedergängers absurd erscheinen lässt. Ferner ist die polnische Gesellschaft nicht nur „in der Tradition des mythischen Zirkels der wiederkehrenden Aufstände verwurzelt“ (S. 27), sondern kennt jenseits aller Mythen und Mythologisierungen seit dem 19. Jh. die organische Arbeit als erprobte Strategie im Kampf gegen Fremdherrschaft. Zu behaupten, die „erstarrte Handlungslogik“ des Aufstandsmythos habe erst überwunden werden müssen, um Polen von kommunistischer Herrschaft befreien zu können, ist keine tragfähige Interpretation der Ereignisse von 1989. In der Einleitung und in manchen Aufsätzen wäre mehr sprachliche Sensibilität ebenso angebracht gewesen wie eine vorsichtigeren Interpretation – eigentlich eine Selbstverständlichkeit unter Kulturhistorikern.

Zu Recht weisen die Vf. der Einführung darauf hin, dass sich die Gesellschaften Osteuropas mit der Anerkennung jüdischen Leidens schwer getan haben. Das ist nach Jahrzehnten der erzwungenen Tabuisierung des Holocaust durch die Sowjetunion und andere kommunistische Regime auch nicht verwunderlich. Ob man allerdings so weit gehen und wie Sachse und Wolfrum von einer häufigen „Bagatellisierung“ (S. 26) der

Shoa in Osteuropa sprechen kann, sei hier dahingestellt. Schließlich ist die Forderung der neuen EU-Mitglieder legitim, dass auch die Geschichte des Stalinismus in Europa nicht in Vergessenheit geraten soll. Fragwürdig erscheint die Behauptung, dass in den EU-Beitrittsländern die Beschäftigung mit der kommunistischen Vergangenheit erst durch die bevorstehende Aufnahme in die Europäische Union ausgelöst worden sei. Tatsächlich gab und gibt es unterschiedliche, verschlungene Wege der Aufarbeitung, die auch von zivilgesellschaftlichen Initiativen getragen wurden und werden (Karta in Polen, Memorial in Russland u.a.) oder auf lokaler Ebene verwurzelt sind und in vielen osteuropäischen Gesellschaften bereits in den achtziger Jahren bzw. unmittelbar nach der Wende von 1989/91 einsetzten. Diese Initiativen und ihr wichtiger Beitrag für die wissenschaftliche und die öffentliche Diskussion bleiben hier weitgehend ausgeblendet.

Neben der Einleitung wird auch in einigen Beiträgen nationalen Mythen eine realhistorische Wirkungsmacht zugeschrieben, die in dieser Form schwer zu belegen sein dürfte. So schreibt Valeska Henze über die achtziger Jahre in Polen, ohne die Realitäten mehrerer Jahrzehnte kommunistischer Diktatur oder die spezifischen Konflikte dieser Jahre zu berücksichtigen. Der Vorwurf des „exzessiven Gebrauchs von Ritualen und Symbolen“ an die Solidarność zeugt von mangelnder Sensibilität gegenüber einer Bewegung, die sich in der kontrollierten Öffentlichkeit der Diktatur Gehör verschaffen musste. Schließlich handelte es sich hier nicht nur um eine Phase von Missverständnissen zwischen Herrschaft und Gesellschaft, um eine „Erstarrung der Politik der ritualisierten Erinnerung“ (S. 269), wie im Aufsatz suggeriert wird, sondern um ein repressives Regime, dessen Legitimität sich primär auf seinen Sicherheitsapparat und die Drohung mit einem sowjetischen Einmarsch stützte. Mit hunderten von Panzern auf den polnischen Straßen im Dezember 1981 war es für viele Polen naheliegend, sich als Opfer fremder Interessen zu fühlen. Ebenso falsch ist die Behauptung, dass die Solidarność „keine Ansprüche auf politische Macht“ (S. 268) formulierte. Richtig ist, dass sie ihre Ansprüche beschränkte. Diese Beispiele zeigen, dass Untersuchungen von Geschichtspolitik und die Analyse nationaler Mythen nicht losgelöst vom politisch-gesellschaftlichen Kontext erfolgen können, da erst die Welt der Erfahrung, der Alltag der Menschen es erlaubt, die Persistenz bestimmter Erzählungen zu erklären. Diese werden ja deshalb weitergegeben, weil sie sinnstiftend und plausibel sind.

In der Gesamtschau ist zu bedauern, dass kaum Autoren aus Osteuropa selbst zu Wort kommen. Ein engerer Austausch mit ihnen hätte vermutlich einige der hier formulierten Urteile korrigiert, die einem deutschen Blick auf das östliche Europa geschuldet sind. Was für die Geschichtspolitik gilt, ist schließlich auch für die Geschichtswissenschaft richtig: Es gibt keine verbindliche Meistererzählung, sondern das Ziel ist der zivile Wettstreit verschiedener Perspektiven.

Berlin

Jan C. Behrends

Stefan Lehr: Ein fast vergessener „Osteinsatz“. Deutsche Archive im Generalgouvernement und im Reichskommissariat Ukraine. (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 68.) Droste Verlag, Düsseldorf 2007. 409 S. (€ 38,-)

Stefan L e h r hat sich mit seiner bei Detlef Brandes in Düsseldorf eingereichten Dissertation, die von der ZEIT-Stiftung im Programm „Deutschland und seine östlichen Nachbarn“ gefördert wurde, einem in der Geschichtswissenschaft bislang vernachlässigten Thema gewidmet. Die Tätigkeit der deutschen Archive in Osteuropa während des Zweiten Weltkriegs stand im Zeichen der „Verlagerung“ von Dokumenten, von politischer Instrumentalisierung durch die „Ostforschung“, aber auch der Besatzungsherrschaft. Lehr geht der Frage nach, welche Relevanz diese Aspekte für die Arbeit der Archive hatten und in wieweit eine Normalität auch während der Ausnahmesituation herrschte.